Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsstellung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

3. JAHRGANG NO. 136 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Donnerst., 17. Mai 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

تورك ايتاليان مذاكراتى ختام بولمشدر.
آلمانيا و ايران بيننده بر موقت مقاوله نامه امضا ايلمشدر.
اشترمزمان كسب عافيت ايتمكدمدر.

Die türkisch-italienischen Verhandlungen sind abgeschlossen.

Ein deutsch-persisches Provisorium wurde unterzeichnet.

Stresemanns Gesundheitszustand zeigte eine leichte Besserung.

Die türkisch-italienischen Verhandlungen abgeschlossen

Schwierigkeiten mit Griechenland. Die Ferien der G. N. V.

Angora, 16. Mai.

Die Verhandlungen über den Abschluss eines Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrages zwischen der Türkei und Italien sind nunmehr endgültig beendet. Der italienische Botschafter Orsini-Baroni bleibt voraussichtlich auch weiterhin in Angora, da, wie man annimmt, der Vertrag erst nach Beendigung der türkisch-griechischen Verhandlungen unterzeichnet werden soll.

Die türkisch-griechischen Verhandlungen sind dagegen noch keineswegs so weit, dass man auf eine baldige Regelung rechnen kann. Aus diesem Grunde wird auch wahrscheinlich der Beginn der Ferien der G. N. V. über den bisher vorgesehenen Termin des 24. Mai hinausgeschoben werden.

Arlotta bei Michalakopulos.

(Eigener Dienst der Türkischen Post)

Φ Athen, 16. Mai.

Der italienische Gesandte Marquis Arlotta besuchte den griechischen Aussenminister Michalakopulos und verblieb bei ihm über zwei Stunden. Die Unterredung betraf die griechisch-türkischen Verhandlungen, über deren Verlauf der Gesandte an Mussolini fortlaufend berichtet. Die Verhandlungen zwischen dem griechischen Gesandten Papa in Angora und dem türkischen Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej gehen, wie berichtet wird, nur langsam vorwärts, da man sich auf türkischer Seite nicht zu einer Lösung der strittigen Fragen durch ein Schiedsgericht entscheiden kann. Heute wird Michalakopulos den türkischen Gesandten Dschewad Bej empfangen. Man betont hier, dass auch seitens der Türkei der gute Wille zum Abschluss des Abkommens weiter vorhanden ist.

Die Einführung der lateinischen Buchstaben.

Angora, 16. Mai.

Demnächst werden zwei Kommissionen gebildet werden, um die Einführung der lateinischen Buchstaben vorzubereiten. Einigen Gerüchten zufolge sollen zur ersten Kommission gehören: Achmed Dschewad Bej, Fasil Achmed Bej und Ragib Hulussi Bej.

Die zweite Kommission hat die Aufgabe, die Beschlüsse der ersten zu prüfen und endgültige Entscheidungen zu treffen.

Die Schweden.

Der Direktor der schwedischen Gruppe Herr Saxild hat in Begleitung des technischen Beirats der Gruppe und des ehemaligen Abgeordneten von Trapezunt Muchtar Bej den Arbeitsminister Behidsch Bej besucht und die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Ali Dschenani Bej.

Die Besitztümer des ehemaligen Handelsministers Ali Dschenani Bej, der wegen Amtsvernachlässigung vom Staatsgerichtshof zur Zahlung von 170.000 t. Pf. verurteilt worden war, werden gepfändet. Das Grundbuchamt ist beauftragt worden, die Besitzungen Dschenani Bejs festzustellen.

Schlusswort zum Unterschlagungsprozess an der Kasse der G. N. V.

Angora, 16. Mai.

Um 14.30 Uhr verkündete der Gerichtshof sein Urteil in der Unterschlagungsangelegenheit an der Kasse der G.N.V. Die Angeklagten waren anwesend.

Emin Bej konnte eine Teilnahme an der Unterschlagung von 1600 Pf., begangen durch den Kontrolleur Emin Bej, nicht nachgewiesen werden, ebenso wenig Fälschung der Unterschriften und Vernichtung von Seiten aus dem Hauptbuche. Er wurde aus diesem Grunde freigesprochen.

Hadschi Mechmed Bej ist der Unterschlagung eines Betrages von 93750 Pf. 19 Piaster im Verlaufe des Jahres 1928 beschuldigt. Der Kontrolleur Emin Bej wird beschuldigt, im Laufe des gleichen Jahres der Kasse einen Betrag von 14.500 Pf. gegen Uebergabe von zwei Quittungen veruntreut zu haben und einen Betrag von 500 Pf. dadurch, dass er die Addition eines Auszuges des Rechnungshofes gefälscht hat, und ein weiterer Betrag von 1600 Pf., die er im Namen des Rechnungshofes entnommen hat.

Dem Buchhalter Nedschmeddin Bej wird zur Last gelegt, seine Kontrollpflichten vernachlässigt zu haben, die Kasse nicht kontrolliert zu haben, dadurch die Unterschlagungen ermöglicht zu haben und aus Nachlässigkeit im Jahre 1927 die Gehaltsabzüge von Neschet Bej dem Abgeordneten von Ak-Serai trotz Benachrichtigung seitens des Präsidialvollzugsbüros nicht zurückgehalten zu haben.

Der Abgeordnete Ali Risa Bej wird beschuldigt, der geistige Urheber der Unterschlagungen des Kassierers Hadschi Mechmed gewesen zu sein.

Hierauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurde der Urteilsspruch verlesen.

Der Kassierer Hadschi Mehmed Bej wird zu fünf Jahren Gefängnis und Zurückerstattung der unterschlagenen 93.751 Pf. verurteilt, sowie zu weiteren 1 1|2 Gefängnis, falls er diesen Betrag zu Stande bringt. Er wird weiters zu fünf Jahren Dienstleistungsverbot verurteilt.

Der Buchhalter Nedschmeddin Bej wurde nach Artikel 20 des türkischen Strafgesetzes zu 30 Pf. Strafe wegen Amtsvernachlässigung und zu weiteren 30 Pf. laut Artikel 123 wegen Vernachlässigung seines Dienstes verurteilt. Sollte er die 60 Pf. nicht erlegen, so wird seine Strafe laut Artikel 230 in Arreststrafe umgewandelt.

Die Strafe des Kontrolleurs Emin Bej wird auf 2 1|2 Jahre Gefängnis und 800 Pf. Strafe herabgesetzt, da er bereits 1600 Pf. zurückgezahlt hat. Seine weitere 3 monatliche Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung der 500 Pf. wurde auf die Hälfte herabgesetzt, da er diesen Betrag dem Gericht bereits erlegt hat.

Für die 14500 Pf. die er in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Rechnungshofes unterschlagen hat und wofür er zu 4 1|2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wird auf 45 Tage herabgesetzt, sodass seine Gesamtstrafe 2 Jahre, 7 Monate und 45 Tage beträgt. Ausserdem wird ihm das Recht abgesprochen, weiter im Staatsdienst angestellt zu werden und seiner Pensionsbezüge für verlustig erklärt.

Ali Risa Bej, der zu 5 Jahren Gefängnis und 93.751 Pf. Strafe verurteilt wurde, wird die Hälfte der Strafe nachgelassen, sodass seine Gefängnisstrafe 2 1|2 Jahre und seine Geldstrafe 46.875 Pf. beträgt. Im Falle der Nichteinzahlung erhöht sich seine Gefängnisstrafe, um 1 1|2 Jahre. Seine Untersuchungshaft wird in die Strafe eingerechnet.

Der Urteilsbeschluss enthält weiter die Bestimmung, dass der Betrag von 93.751 Pf. 19 Piaster die von Hadschi Mechmed unterschlagen wurden, von diesem Letzteren gemeinsam mit Nedschmeddin Bej zurückgezahlt werden müssen. Auch der Kontrolleur Emin Bej wird die Unterschlagenen 14.500 Pf. rückerstatten müssen.

Die Verurteilten müssen gleichfalls die Advokatenspesen per 400 Pf., sowie Gerichts- und Expertenkosten bezahlen.

Das Gasidenkmal.

Die mit der Errichtung des Gasidenkmals betraute Kommission wird heute den Entwurf des Herrn Canonica prüfen.

Deutsch-Persisches Provisorium.

Gerichtsbarkeit. - Warenverkehr. - Niederlassungsrecht.

Berlin, 16. Mai.

In Teheran wurde Dienstag ein deutsch-persisches Provisorium abgeschlossen, das infolge Aufhörens der persischen Kapitulationen die Fragen des diplomatischen Verkehrs, der Konsulargerichtsbarkeit, des Warenverkehrs und der Niederlassungsrechte vorübergehend regelt. Die beiden Länder räumen sich gegenseitig Meistbegünstigung ein. Den deutschen Staatsbürgern werden dieselben Rechtsgarantien wie England zugestanden; die deutsche Konsulargerichtsbarkeit wird zum Zwecke der endgülten Abwicklung um ein Jahr verlängert. Endgültige Verträge sollen bald alle Fragen einheitlich regeln.

Der Antikriegspakt.

Moskau will teilnehmen.

Moskau, 16. Mai.

Die Moskauer „Iswestia" erklärte, die Sowjetregierung glaube zwar nicht, dass der amerikanische Antikriegspaktvorschlag ein positives Ergebnis haben werde; Russland werde aber auf Einladung an der Diskussion teilnehmen. Wenn es jedoch nicht eingeladen werde, so müsse man die geplanten Massnahmen als gegen Russland gerichtet ansehen.

Japan zum Kelloggvorschlag.

Tokio, 16. Mai (A.A.)

Japan soll die Absicht haben, den Kellogg-Vorschlag jedoch mit Vorbehalten anzunehmen.

Lord Reading über den Kelloggvorschlag.

London, 16. Mai (A.A.)

In seiner Antwort auf eine Rede Lord Readings über die Frage der vielseitigen Paktverträge im Oberhause, erklärte Lord Cushendun, der englische Vertreter beim Völkerbund, unter anderem folgendes:

«Die Regierung erklärt sich mit allem, was Lord Reading über den amerikanischen Vorschlag vorgebracht hat, solidarisch. Da aber seit der Diskussion im Unterhaus erst einige Tage vergangen sind, habe ich zu den Erklärungen Chamberlains sehr wenig hinzuzufügen. Lord Reading lässt durchblicken, er habe in Regierungskreisen eine gewisse Zurückhaltung in der Annahme der amerikanischen Vorschläge konstatiert. Diese Ansicht ist unbegründet. Es ist von äusserster Wichtigkeit, sich vor der Unterzeichnung eines Vertrages darüber klar zu sein, dass alle Signatarmächte über den Sinn und die Tragweite des Vertragsinhaltes sich klar sind. Wenn diese Vorsichtsmassregeln ausser Acht gelassen werden, so könnten sich Missverständnisse ereignen, die sehr ärgerlich wären und die geeignet wären, die Wirksamkeit derartiger Verträge in Zweifel zu setzen.

London, 16. Mai.

Das englische Oberhaus nahm einen Antrag an, der sich zu Kellogs Antikriegspaktvorschlag zustimmend ausspricht.

Kanada stimmt zu.

Ottawa, 16. Mai (A.A.)

In einem Kommentar des einstimmigen Votums des englischen Oberhauses über die Annahme des amerikanischen Antikriegspaktvorschlages, erklärte Ministerpräsident King, er sei für die Annahme der Prinzipien des vorgeschlagenen Vertrages und fügte hinzu, Kanada würde diese Vorschläge annehmen, wenn es aufgefordert würde, eine Entscheidung zu fällen.

Australien stimmt zu.

Berlin, 16. Mai.

Der australische Premierminister Bruce erklärte, Australien werde mit dem grössten Vergnügen den amerikanischen Antikriegspaktvorschlägen zustimmen.

Die Vereinigten Staaten und China.

Washington, 16. Mai (A.A.)

Wie gemeldet wird, begibt sich Admiral Bristol, der bisherige Botschafter in der Türkei und Kommandant der amerikanischen Flotte im Fernen Osten, der sich gegenwärtig in offizieller Mission in Japan befindet, Donnerstag an Bord eines Zerstörers nach Tientsin. Alle Anzeichen lassen darauf schliessen, dass Admiral Bristol die Lage in China für sehr ernst betrachtet. Er nimmt sich vor, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um zu verhindern, dass die amerikanischen Truppen in Verwicklungen hereingezogen werden, die sich ereignen könnten, und er ist der gleichen Meinung mit dem Departement von Washington, im Notfalle die amerikanischen Staatsbürger auf die Kriegsschiffe in Tientsin zu bringen, falls es sich herausstellen sollte, dass ihr Leben auf andere Weise nicht geschützt werden kann.

Verteidigungsmassnahmen in Peking.

Schanghai, 16. Mai.

Berichten aus Schanghai zufolge verliess Tschangtsolin Peking mit seiner Begleitung im Panzerzug. Der schwedische General Munters, der Kommandant der internationalen Polizeitruppen wurde mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit betraut. Die japanische Botschaft wurde nach Tientsin verlegt. Die Südarmeen marschieren in der Stärke von einer halben Million Mann gegen Peking.

Washington nimmt an der Verteidigung Tientsins teil.

Washington, 16 Mai.

Das Staatsdepartement in Washington beschloss, Tientsin nicht zu räumen, sondern die übrigen Mächte in der Verteidigung der Stadt zu unterstützen.

Eine unangenehme Perspektive.

Rom, 15. Mai. (A.A.)

Rommeldungen zufolge erklärte der Direktor des Seismographischen Instituts in Faenza, dass die Ruheperiode, die auf die kürzlichen Erdbeben folgte, seiner Ansicht nach zu Ende sei und dass neue heftige Erdbeben bevorstehen, die nächsten Sonntag in früher Morgenstunde von allen Stationen der Welt verzeichnet werden würden.

Aus Deutschland.

Aerztliches Bulletin über Stresemanns Krankheit.

(Eigener Dienst der Türkischen Post.)

Berlin, 16. Mai.

Die Aerzte konstatierten vormittags im Befinden Stresemanns eine leichte Besserung infolge normaleren Funktionierens der Nieren. Temperatur und Puls sind normal.

Berlin, 16. Mai.

Im Befinden Stresemanns trat insofern eine kleine Besserung ein, als am Mittwoch mittag eine leichte Wiederaufnahme der bisher gestörten Nierentätigkeit eintrat. Die Stimmung des Patienten besserte sich, trotz allem ist der Zustand aber immer noch ernst. Die Berliner fremden Botschafter, sowie die Gesandtschaften erkundigten sich fast laufend nach dem Befinden des Aussenministers.

New York, 16. Mai.

Stresemanns Krankheit wird von der Presse der Vereinigten Staaten eingehend und mit den wärmsten Ausdrücken kommentiert. Die New Yorker «Times» hofft im Interesse des Weltfriedens eine baldige Besserung, da Europa diesen Staatsmann benötige. Pariser Berichte melden, dass nicht nur politische Kreise, sondern auch die breite Oeffentlichkeit Stresemanns Krankheit mit Bedauern kommentieren.

Reichskanzler Marx bei Hindenburg.

Berlin, 16. Mai.

Der am Mittwoch vormittag zurückgekehrte Reichskanzler Marx wurde vom Reichspräsidenten zum Vortrag über die allgemeine Lage empfangen.

Generaldirektor Felix Deutsch 70 Jahre.

Berlin, 16. Mai.

Der Generaldirektor der AEG Geheimrat Felix Deutsch vollendete am Mittwoch sein 70. Lebensjahr. Die hervorragendsten Wirtschaftler des In- und Auslandes gratulierten, desgleichen der Reichspräsident, der preussische Ministerpräsident, der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der Reichswirtschaftsminister.

Ein Raketenauto auf der Avusbahn.

Berlin, 16. Mai.

Fritz von Opel wird nächsten Dienstag auf der Avusbahn bei Berlin ein raketenangetriebenes Automobil steuern.

Kleine Nachrichten.

Deutsche Gesandtschaft in Portugal.

Der neue deutsche Gesandte von Balligand traf in Lissabon ein.

Demokratische Wahlkundgebung.

Die Berliner Demokraten hielten am Montag abend im Sportpalast eine ausserordentlich gut besuchte Wahlkundgebung ab, wobei fast alle Führer der Parteien sprachen.

Letzte Nachrichten

Amanullah in der Krim.

Moskau, 16. Mai.

Der König von Afganistan ist abends in der Krim eingetroffen.

Japanisches Ultimatum an die Südchinesen.

Tokio, 16. Mai.

Der Oberkommandierende der japanischen Streitkräfte in Tsinanfu unterbreitete den Südchinesen ein Ultimatum, das formelle Entschuldigung Tschangkaischeks wegen der Vorfälle in Tsinanfu verlangt, sowie die Bestrafung der verantwortlichen Offiziere und die Einstellung aller Feindseligkeiten und kriegerischer Betätigung im Umkreis von 20 Meilen von Tsinanfu, Tientsin und der Schantungbahn.

Prinz Carol in Brüssel.

Brüssel, 16. Mai (A.A.)

Prinz Carol traf in Brüssel um Mitternacht ein.

Nobiles zweiter Flugversuch

Berlin, 16. Mai.

General Nobile startete von Kingsbay zum zweiten Versuch, Nikolausland zu überfliegen.

Rom, 16. Mai (A.A.)

Die Agentur Stefani meldet, die «Italia» befinde sich zwischen Spitzbergen und Franz Josephs-Land in einer Höhe von 200 m.

Berlin, 16. Mai.

Die «Italia» soll um 3 Uhr nachmittags Franz Josephs—Land überflogen haben.

68 Pilger ertrunken.

Berlin, 16. Mai.

Bei einem Zusammenstoss mit einem unbeleuchteten Dampfer ging im Persischen Golf ein Segler mit 72 Pilgern unter, wovon nur 4 gerettet wurden.

Grundlagen der sowjetrussischen Justiz.

Zum Prozess gegen die verhafteten deutschen Ingenieure in Moskau.

Von Dr. B. Saweljeff.

Als nach dem Zusammenbruch der zaristischen Macht die Bolschewisten das ganze ehemalige russische Staatssystem in Trümmer schlugen und auf den Ruinen des ehemaligen Zarenreichs einen neuen Staatenkomplex auf kommunistisch-imperialistischer Grundlage errichteten, wurde natürlicherweise auch die Justiz im Sinne der Sowjets „reformiert". In der ersten Zeit des bolschewistischen Regimes herrschte allerdings auf dem Gebiete der Rechtspflege ein scheinbar unüberbrückbares Chaos. An den Grenzen Russlands wütete der Bürgerkrieg, im Innern drohte das gefürchtete Gespenst der Konterrevolution — wie sollte man da an eine Gerichtsbarkeit denken? Zur Bekämpfung der Konterrevolution war die „Tscheka" ins Leben gerufen worden, deren Methoden mit den europäischen Begriffen von Recht und Rechtsschutz allerdings nur wenig gemein haben. Das Privateigentum war abgeschafft, Zivilgerichte schienen also nicht nötig zu sein. In den Jahren des Bürgerkrieges gab es in Russland in der Tat keine Anstalten, die man als Gerichte im europäischen Sinne hätte bezeichnen können. Die Anwaltschaft, eine im zaristischen Russland hoch angesehene Institution, wurde aufgelöst. Erst Ende 1920, nach Beendigung des Bürgerkrieges, nach dem Zusammenbruch der letzten Innenfront — der Front Wrangels — in der Krim trat das Leben allmählich wieder in geregelte Bahnen, und die Sowjetregierung sah sich gezwungen, zu dem Begriff «Justiz» systematisch Stellung zu nehmen. Namhafte Juristen der Zarenzeit, die im Lande geblieben waren, wurden zu Rate gezogen. Ein «Volkskommissariat der Justiz», mit dem aus zahlreichen politischen Prozessen der Zarenzeit bekannten Verteidiger Ssokoloff an der Spitze, wurde ins Leben gerufen. Die Körperschaft der Rechtsanwälte wurde neu begründet; allerdings hiessen die Verteidiger und Zivilrechtsanwälte nicht mehr «vereidigte Vertrauensmänner» wie früher, sondern Rechtshelfer. Alte und junge Juristen wurden mit der Schaffung von Zivil- und Strafkodex beauftragt. Es mussten allerdings recht sonderbare Wege eingeschlagen werden, um den Zivilkodex zusammenzustellen und den Schutz des Privateigentums in einem Staate zu rechtfertigen, dessen Regierung gerade die Abschaffung des Privateigentums als ihr heiligstes und unerschütterlichstes Prinzip erklärt hatte.

Diese knifflige Frage wurde in der Weise gelöst, dass die Zivilrechte der sowjetrussischen Bürger «insoweit einen rechtlichen Schutz geniessen, als sie dem sozial-wirtschaftlichen Sinn der Sowjetverfassung nicht widersprechen». Es liegt auf der Hand, dass das Gericht an Hand dieser Formel in jedem einzelnen Fall den Rechtsanspruch des Klägers, als dem Sinn der Verfassung widersprechend, für unbegründet erklären lassen kann! Der Grund und Boden gilt selbstverständlich als Staatseigentum und kommt als Objekt des Privatrechts überhaupt nicht in Frage, aus welchem Grunde die Einteilung des Eigentums in bewegliches und unbewegliches fallen gelassen wurde. Dagegen werden Fabriken mit geringer Arbeiterzahl, Handlungsunternehmungen, Maschinen, Wertpapiere, Geld und Juwelen als Privateigentum betrachtet. Trotzdem fürchtet man sich in Russland, grössere Summen auf einem Bankkonto zu halten, weil man in den Verdacht kommen könnte, Spekulant zu sein und als solcher den Weg nach dem «Lager für ausgewiesene Schieber» auf der einsamen Insel Solowki im Weissen Meer antreten müsste.

Im Strafgesetzbuch wird der bolschewistische Standpunkt viel stärker betont als im Zivilkodex. Die hervorragendsten Sowjet-Juristen neuester Schule, alles Mitglieder der kommunistischen Partei, unterstreichen in ihren theoretischen Schriften, dass die sowjetrussische Justiz